

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den ... den Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. pro jährlich. Abgabe ...  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wochenspenden ...  
Wochenspenden ...  
Wochenspenden ...

Angelagerter: die Spaltenzahl ...  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Wochenspenden ...

Nr. 23. 85. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 27. Januar 1926

## Regierungserklärung im Reichstage.

### Programmrede des Kanzlers.

in Berlin, 26. Januar.

Ein überfüllter Saal. Die Abgeordneten sind fast vollständig erschienen, die auswärtigen Diplomaten füllen ihre Loge, das dichtgedrängte Tribünenpublikum ist in voller Erwartung. Also ganz die Anzeichen eines großen Tages, wie er auch wohl erwartet werden kann, wenn eine neue Regierung ihre erste programmatische Erklärung im Parlament abgibt. Und dennoch bleibt der Eindruck dieser doch eigentlich bedeutungsvollen Aktion mäßig. Trotz der vollständig am Regierungstisch versammelten Schar neuer Reichsminister konnte man sich während der Rede des Reichskanzlers Dr. Luther kaum der Befürchtung entziehen, daß die Amtszeit des Kabinetts der Mitte nur eine beschränkte sein werde. Vor schon die Rede des Kanzlers an sich keine besonderen Höhepunkte, so wurde sie auch von Dr. Luther in sichtlich reservierter und geschäftsmäßiger Weise vorgetragen. Lediglich beim Schluß, als er die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Parteien und aller Volksteile für den Wiederaufstieg des Deutschen Reiches forderte, erhob sich die Stimme zu wärmeren Tönen. Schon von Anfang an setzte der Widerspruch aus dem Hause ein und begleitete fast ohne Unterbrechung die Ausführungen des Reichskanzlers, bald von links aus den Kommunistenbänken, bald von rechts bei Völkischen und Deutschnationalen ertönend. Mehrere Male mußte Präsident Lohne wegen zugespielter Jurse, die besonders bei Erwähnung der geplanten Wahlreform, der Fürstenabfindung und der Locarno-Verträge ertönen, eingreifen. Die Worte über die Preissteigerung entzettelten links stürmisches Gelächter. Die kommunistischen Abgeordneten Höllein, Thälmann und Hädel wurden zur Ordnung gerufen.

Aber das hellste Licht auf die verworrene Lage gab wohl eine zum Schluß vorgenommene Abstimmung, die sich eigentlich als die erste Niederlage der neuen Regierung darstellte. Es war geplant, Mittwoch die Auseinandersetzung über die Regierungserklärung zu beginnen. Abg. Schulz-Bromberg von den Deutschnationalen beantragte, mit der Besprechung gleichzeitig die Diskussion zur Frage des Eintritts in den Völkerbund zu verbinden. Eine solche Verbindung liegt aber gegenwärtig nicht im Plane der Regierung, was bei den Parteien durchaus bekannt ist. Trotzdem erhob sich eine Mehrheit, bestehend aus Deutschnationalen, Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten, für den Antrag Schulz. Die Regierungsparteien blieben in der Minderheit. Damit ist die ganze Situation gekennzeichnet. Man kann mancherlei Überraschungen in der nächsten Zeit erwarten.

### Sitzungsbericht.

(148. Sitzung.) OB. Berlin, 26. Januar.  
Am Regierungstische sitzen bei Eröffnung der Sitzung Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Kull, Finanzminister Dr. Reichhold, Wehrminister Dr. Gessler, Arbeitsminister Braun, Wirtschaftsmminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Krohne, Postminister Stinagel, Ernährungsminister Dr. Haslende, Justizminister Marx. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Als Reichskanzler Dr. Luther sich zum Rednerpult begibt, begrüßen ihn die Kommunisten mit dem Ruf: „Der Kanzler mit der eisernen Stirn.“ Auch vernimmt man die Worte: „Gessler voraus!“

### Dr. Luther:

Die jetzt dem Reichstage vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrage des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Verläufe zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition mißlungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur mehr von einer Minderheit des Reichstags getragene Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich dem hohen Hause eine Reichsregierung vorkommen ließ, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgesucht, die in staatsbedingender Gefinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem hohen Hause vorzustellen beabsichtige, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von großem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

### In der Außenpolitik

Ich der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich

in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt juristisch getretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entschließung des Reichstags vom 27. November 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zugunsten des

### befreiten Gebietes.

Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes zu eingehender Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Er erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei die Einzelfragen der Außenpolitik im hohen Hause zu erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubringen. Weiterhin möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zurzeit im Mittelpunkt der Erörterung steht. Das ist die Frage der Besatzungsmacht in der zweiten und dritten Zone. Darüber hat die dem hohen Hause bekannte Note der Vorkommission vom 14. November 1925 vorgelesen, daß eine vollständige Ermäßigung der Truppenstärke eintritten soll und zwar so, daß die künftige Besatzungsmacht sich den Normalverhältnissen nähert. Der Begriff der Normalverhältnisse kann nicht anders aufgefaßt werden als als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtl. deutschen Forderung vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage.

### Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen

sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben finden auch der größten Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Übermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtlage wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschränkung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den

### Abbau wirtschaftshemmender und damit preisversteuernder Steuern

weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Abweichungen durch Zuschläge abgelöst werden; dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Doch ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und keinerlei Einabspalten in instatorische Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich. Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die

### Behebung der Wirtschaft

ist natürlich sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbstätigenförderung nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschränkung die bäuerliche und Arbeiterbedingung in den volkswirtschaftlichen Taten des Ostens fördern. Die allgemeinen Zielsetzungen des Wohnungsbauers sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Übersteuerung des Baues zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschwelter langfristiger Hypothekarkredite.

### Was die Innenpolitik betrifft.

so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungsbeurteilung zu Präzedenz und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der

### Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung bedient sich einer Verbesserung unserer Bildungszustände ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit

### früheren regierenden fürstlichen Familien

bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Linderung des Volkswirtschaftlichen eriparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken, um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufende Arbeit handelt, muß von dem Grundgedanken durchdrungen sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindest-

maß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparsamkeit, der seine Wurzel im härtesten vaterländischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine

### Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß.

Ihre Überwindung ist dringendste Aufgabe der Gegenwart, es bedarf dazu der Ausdehnung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanz-, wirtschafts- und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erhaltung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volksteile zu lindern. Aberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigeren Kredit. Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die

### Landwirtschaft.

deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Golddiskontbank wird der Landwirtschaft über die Rentendankkreditanstalt ein beträchtlicher Wohlkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Kredit allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier genau wie in den anderen Wirtschaftskreisen ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und, soweit irgend möglich, Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist. Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer

### Steigerung der Ausfuhr.

Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzusetzen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befreiung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenverkehrs auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schließung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Höhe, die im Ausland vielfach geiten, müssen die deutschen Zölle

bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzubringen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Anstrengung, eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch angemessene zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergattener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen, sehr schädlich geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung. Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete

### Dreisensenkungsaktion

mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Beseitigung der Geschäfts-aufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Übersteuerung befreit, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Ausmaß gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiterarbeiten; es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gang befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbstätigen erneut zu erörtern. Der unverrückbare Zweck der Preisentlastungsmaßnahmen neben der Befreiung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen. In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein

### Arbeiterentschließung

einbringen, daß die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammengefaßt und die Arbeitszeit neu geregelt wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen anrecht. Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeitserrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichspräsidenten vorgelegte Arbeitserrechtsgesetz weiter vorlegen wird. Die rechtliche Regelung der Erwerbstätigenförderung ist angesichts der großen Zahl der Erwerbstätigen mit Beschrän-